Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 24. Abendblatt. Dienstag, den 15. Januar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Die Unterbrechung der Sitzungen der Bundeskonferenz ist durch Spezialverhandlungen in der Militärfrage veranlaßt. Einige Regierungen verlangen, daß die Ueberschüsse der Militärverwaltung nicht in die Bundeskasse fließen, sondern den Bundesmitgliedern in Abrechnung gebracht werden. Als Gerichtshof über Vergehen und Verbrechen gegen den Bund und Bundesbeamten ist das Oberappellationsgericht in Lübeck in Vorschlag gebracht.

— Am Freitag Mittags 1 Uhr wird im Schlosse ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens abgehalten und kommen zu demselben auch die Generale nach Berlin, denen dieser hohe Orden kürzlich verliehen worden ist.

— Der Fürst von Hohenzollern hat zu Sigmaringen eine Kunsthalle erbauen lassen, in deren umfangreichen Räumen alle die Kunstschätze Aufnahme finden sollen, welche seither auf den Fürstlichen Besitzungen zerstreut aufgestellt waren. Im Mai d. J. soll diese Kunsthalle, deren Bau bedeutende Kosten erforderte, ihrer Bestimmung übergeben werden und hat der König, wie wir hören, dem Fürsten von Hohenzollern bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin die Zusage gemacht, bei der feierlichen Eröffnung anwesend zu sein.

— Am Sonntag Morgen traf eine japanesische Gesandtschaft, bestehend aus einigen 20 Personen, von Paris kommend, hier ein und hat im Hotel de Rome Wohnung genommen. Auf ihren Wunsch wurde alsbald dort die japanesische Flagge aufgezogen. Die Gesandtschaft, die sich von hier nach Petersburg begiebt, wurde von dem Minister-Präsidenten und dem russischen Gesandten empfangen.

— Das Landes-Oekonomie-Kollegium wird, wie die „N. A. Ztg." meldet, wahrscheinlich zum 18. Februar einberufen werden. Für die beabsichtigte Gründung eines landwirthschaftlichen Museums wird, wie dieselbe Zeitung meldet, gegenwärtig auf Anordnung des Ministers v. Selchow von einigen Räthen seines Departements der Plan ausgearbeitet. Gleichzeitig hat die Angelegenheit in landwirthschaftlichen Kreisen eine neue Anregung erhalten, indem man dort mit der Absicht umgeht, ein Comité von Landwirthen aus den verschiedenen Landestheilen zu bilden, dessen Aufgabe es sein soll, das Interesse für die Errichtung eines solchen Instituts unter dem landwirthschaftlichen Publikum zu beleben und zu Geldsammlungen für die Ausführung der Idee aufzufordern. Der Gedanke, die Räume des Schlosses Monbijou für das Museum zu erhalten, hat aufgegeben werden müssen, da dies Schloß zu anderen Zwecken bestimmt ist.

— (N. Pr. Z.) Die Augsburger „Allgemeine Zeitung" geht in einem „Rückblick auf die Politik Baierns im Jahre 1866" scharf mit den Maßnahmen des Ministers v. d. Pfordten zu Gericht. Zum ersten Male liest man in einem baierischen Blatt das Zugeständniß, daß die Abstimmung der baierischen Regierung für die Mobilisirung des Bundeskontingents nicht allein ein schwerer Fehler, sondern direkt gegen das Bundesrecht war. Es wird zugegeben, daß die damals gemachten Einwendungen des preußischen Bundestagsgesandten vollständig dem formellen Recht entsprachen, daß Preußen durch die Annahme jenes Antrags einen Rechtsgrund zum Kriege erhielt. „Der Fehler", bemerkt die „Allg. Ztg.", „sich kopfüber auf das Gebiet des Krieges zu stürzen, war aber für die deutschen Mittelstaaten um so größer, als keiner derselben, selbst Baiern nicht, hinlänglich vorbereitet war, ihn aufzunehmen. Der Leiter der baierischen Politik selber hatte das Bewußtsein der Uebereilung, wie aus seinem bekannten Brief an den Freiherrn v. Giese deutlich hervorgeht. Um so unpassender mußte es erscheinen, in volltönenden Reden den „Friedensbrecher" mit den ganzen schweren Folgen des Krieges öffentlich zu bedrohen." Einen scharfen Tadel erfährt dann die zwischen Baiern und Oesterreich abgeschlossene Militär-Konvention, die das tiefste Mißtrauen bei den baierischen Bundesgenossen hervorgerufen, Oesterreich aber gleichwohl nicht verhindert habe, seine Friedensverhandlungen separat mit Preußen zu führen. Ebenso habe Herr v. d. Pfordten bei den Waffenstillstands-Verhandlungen jeden schicklichen Moment, um günstig in dieselben einzutreten, versäumt und erst dadurch das schwere Ende des Krieges über sich heraufbeschworen.

So schreibt die „Allgemeine Zeitung" jetzt doch, obwohl sie es oft versucht hatte, die österreichisch-baierische Politik zu vertheidigen.

— Wie dem „Württembergischen Staatsanzeiger" mitgetheilt wird, sind zwischen Darmstadt und Berlin Verhandlungen angeknüpft worden, welche den Zweck haben, die im Verfassungs-Entwurfe für den norddeutschen Bund erhobenen Ansprüche hinsichtlich der militärischen Leistungen der Provinz Oberhessen zu modifiziren. Es gilt dies namentlich hinsichtlich der in Berlin getroffenen Bestimmung, wonach das von der Provinz zum Bundesheer zu stellende Kontingent (bestehend aus 2 Infanterie-Regimentern zu je 3000 und 1 Jäger-Bataillon zu 1000 Mann) in verschiedene Armeekorps eingereiht werden soll.

Berlin, 14. Januar. (Herrenhaus.) 18. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatt.) Regierungs-Kommissar Graf Eulenburg: Die Grundlage des vorliegenden Gesetz-Entwurfs beruht in dem Einverleibungs-Gesetz. Graf Rittberg hat schon darauf hingewiesen, daß jenes Gesetz nichts Anderes bezwecke, als eine Ausführung der Verfassung. Der Ausdruck „Einführung der Verfassung" läßt allerdings mancherlei Deutung zu. (Justizminister Graf zur Lippe ist in das Haus getreten.) Es kann die formale und die reale Geltung der Verfassung in Betracht gezogen werden. Daß die formale Geltung durch das Gesetz verletzt werden sollte, wird wohl Niemand behaupten; die reale Geltung kann aber nicht in so kurzer Zeit durchgeführt werden. Sie sehen das in den alten Provinzen, sie besteht bereits 17 Jahre, ist aber in allen alten Provinzen noch nicht vollkommen durchgeführt. Der Kommissionsbericht sagt: der Gesetzentwurf tangire die Ehre dieses Hauses, die Staatsregierung wird nie etwas thun, welches der Ehre dieses Hauses zuwider ist. Die Staatsregierung hat wiederholt erklärt, daß sie den vom anderen Hause berathenen Gesetz-Entwurf zu dem ihrigen mache und die Zustimmung dieses Hauses zu demselben wünsche. Der Ansicht des Hrn. Tellkampff, daß die ursprüngliche Regierungs-Vorlage der Verfassung widerspreche, muß ich entschieden entgegentreten, ebenso der Ansicht des Hrn. v. Kröcher, das Herrenhaus scheine in der Vorlage vergessen zu sein. In der Kommission ist schon wiederholt von dem Hrn. Minister und mir hervorgehoben worden, daß die Regierung eine Vertretung der neuen Landestheile in diesem Hause ebenfalls beabsichtige; das ist aber jetzt noch nicht möglich, denn es sind noch viele Dinge dabei in Erwägung zu ziehen. Ich glaube, Sie können Vertrauen zur Regierung haben, daß sie dem Recht des ganzen Landes Rechnung tragen und eine Vertretung der neuen Landestheile auch im Herrenhause bis zum 1. Oktober d. J. ermöglichen wird. Daß sie dies in Betreff des Abgeordnetenhauses kann, das ist der Zweck dieser Vorlage, um deren Annahme ich Sie hiermit bitte. — Professor Tellkampff erwidert persönlich dem Regierungs-Kommissar durch eine kurze Definition seiner vorher mißverstandenen Ansicht.

Hr. v. Bernuth: Ich bin mit großem Interesse den Ausführungen des Hrn. Regierungs-Kommissars gefolgt und kann denselben nur beistimmen. Der Ansicht des Hrn. v. Kröcher, daß durch Annahme seines Antrages die Sache nicht verzögert werde, muß ich entschieden entgegentreten, denn das Abgeordnetenhaus kann nicht früher über den amendirten Gesetzentwurf wieder in Berathung treten, als bis er von uns durch zweimaligen Beschluß angenommen ist. Die Frage, welche jetzt uns vorliegt, ist von prinzipieller Wichtigkeit für die Zukunft der neuen Landestheile. Ihre Ansicht über die Vorlage würde richtig sein, wenn es in dem Annexionsgesetz heißen würde: „Die Verfassung tritt in den neuen Landestheilen in Kraft, wenn die und die Gesetze erlassen sind." Die Zusammensetzung des Herrenhauses beruht auf einer durchaus verschiedenen Grundlage, als die des Abgeordnetenhauses. Wenn Redner damals zur Landesvertretung gehört hätte, als der Krone Vollmacht zur Bildung des Herrenhauses gegeben, so würde er nicht zugestimmt haben. Es ist eins der wichtigsten Rechte der Landesvertretung, über solche Neubildungen selbst zu bestimmen. Jetzt will man der Krone von Neuem Vollmacht zu neuen Berufungen ertheilen. In den neuen Landestheilen hat man noch manche offene und versteckte Gegner. Man soll denen nicht in die Hände arbeiten. Was soll man in den neuen Landestheilen denken, wenn es heißt, das Herrenhaus habe die Berufung von Abgeordneten aus den neuen Landestheilen verworfen.

Hr. v. Waldaw-Steinhövel (gegen das Gesetz). Wenn nicht jetzt das Abgeordnetenhaus, um seine eigene Ergänzung zu erlangen, der Ergänzung des Herrenhauses in allen Kategorien zuzustimmen veranlaßt würde, so möchte dies nie zu erreichen sein. Jede spätere Vorlage über diesen Gegenstand würde das Abgeordnetenhaus verwerfen. „Wenn ich aber einmal", ruft der Redner mit stark erhobener Stimme aus, „mich auf Gnade und Ungnade Jemandem ergeben soll, so will ich jederzeit wohl Sr. Majestät mich auf Gnade und Ungnade ergeben, aber nie und nimmer dem Abgeordnetenhause." Der Kampf der Regierung mit dem Abgeordnetenhause sei wohl für den Augenblick suspendirt, aber er werde schon wieder aufleben. Dann sei die Regierung wieder der Unterstützung des Herrenhauses bedürftig, sie möge nur sorgen, daß dem Herrenhause dann nicht die bisher bewährte Freudigkeit zu solcher Unterstützung, ja die Möglichkeit dazu fehle. Die Regierung habe nur zu oft dem Herrenhause, so zu sagen, die Pistole auf die Brust gesetzt, um dasselbe zu einem Beschlusse, welcher ihm nicht rathsam erscheine, zu drängen. „Sie haben", ruft er dem Ministertische zu, „wohl die Macht, dieses Haus zu nullificiren, aber Sie thun das alsdann zu Ihrem und des Thrones Schaden!" Das Kröcher'sche Amendement dränge die Regierung durchaus nicht zu stark, es bewahre die Krone vor der Nothwendigkeit, behufs Ergänzung des Herrenhauses eine neue Vorlage zu machen, deren Verwerfung durch das Abgeordnetenhaus mit Sicherheit vorauszusetzen sei. Der Redner beschwört das Haus, „im Namen der Gerechtigkeit und um seiner Selbsterhaltung willen" das Kröcher'sche Amendement anzunehmen. (Lebhafter Beifall.) — Der Minister des Innern: Die von dem letzten Redner gebrauchten Ausdrücke, als habe die Regierung dem Herrenhause die Pistole auf die Brust gesetzt oder als wolle sie dasselbe nullificiren, seien für die wirkliche Lage der Dinge keineswegs passend. Die Regierung habe nichts weiter gethan, als diejenigen Beschlüsse empfohlen, welche sie als durch das Interesse des Landes geboten erkannt. Allerdings halte sie es nicht für heilsam, wenn das Herrenhaus einen schärferen Gegensatz zu dem Abgeordnetenhause annehme, als eine konservative Regierung. Dem Herrenhause seien Kompromisse empfohlen, wie die Regierung selbst zu solchen sich bereit gezeigt, ohne in ihrem Gewissen irgend beunruhigt zu werden und wie das Abgeordnetenhaus auch seinerseits acceptirt habe. Die Regierung wisse, wie großen Dank sie dem Herrenhause schulde und sie werde dieses Bewußtsein niemals verleugnen. — Herr von Waldaw (persönlich): Ob seine Ausdrücke passend gewesen seien oder nicht, darüber stehe allein dem Präsidenten das Urtheil zu, er müsse deshalb dem Minister das Recht zu der betreffenden Aeußerung bestreiten. — Der Minister des Innern: Er habe nicht die Worte des Herrn von Waldaw als an sich unpassende, sondern nur als auf die Situation, auf die Attitude der Regierung nicht passende, d. h. dieselbe nicht richtig darstellende bezeichnet. — Hr. v. Klützow befürwortet die Annahme des Gesetzes; er sei ein alter Freund des Herrenhauses, habe bei der Schaffung desselben mitgewirkt. Man werde ihm glauben, daß er den Rath, das Gesetz anzunehmen, nicht geben würde, wenn er dasselbe als dem Ansehen des Hauses nachtheilig erkennte. — Hr. v. Schlickmann empfiehlt die Annahme des Kröcher'schen Amendements.

Graf Dyhrn: Gestern Abend erst hier angekommen, las ich in dieser Nacht den Bericht. Ich muß gestehen, ich war erstaunt, und wenn das Erstaunen der Anfang zur Weisheit ist, so müssen wir noch sehr weise sein. Aus dem Berichte geht hervor: Weil das Gesetz eine Vermehrung des Abgeordnetenhauses anordnet, darum verlangen wir auch eine Vermehrung des Herrenhauses. Das ist mir staunenswerth und kommt mir vor, wie das Verlangen einer Großmacht von 39 Millionen, die eine Erweiterung ihrer Grenzen wollte, weil eine andere Großmacht sich von 19 auf 24 Millionen vermehrt hätte. Die Krone allein hat das Recht, unsere Zahl hier zu vermehren und sie kann schon morgen uns durch hundert von Mitgliedern vermehren. Wollen Sie die Scene vom 18. September 1866 hier wiederholen? Die Regierung hat Ihnen erklärt, sie wird die Vertretung der neuen Landestheile in unserem Hause veranlassen; seien Sie versichert, sie wird ihre Feinde nicht hierher berufen. Sie sagen, die Regierung setzt Ihnen die Pistole auf die Brust, das stimmt nicht zu Ihren Erklärungen vom August und September. Sie sagen: Sie brauchen nicht B zu sagen, ich sage Ihnen, sagen Sie getrost B, denn es werden Zeiten kommen, wo Sie nicht blos B sagen werden, sondern sogar das ganze Gesetz durchgehen lassen müssen. (Heiterkeit.) — Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Herrn v. Waldaw und einigen replicirenden Worten des Grafen Dyhrn ist die General-Diskussion, da sich kein anderer Redner zum Wort gemeldet hat, geschlossen.

Es erhält das Wort Hr. v. Kleist-Retzow als Referent: Hr. von Schlickmann hat schon die Einwände gegen den Antrag des Herrn von Kröcher widerlegt, und er, als Präsident des obersten Gerichtshofes, wird wohl die juristische Seite der Vorlage beurtheilen können. Die Staats-Regierung hat durch den Mund des Ministers erklärt, daß es ihr lieber wäre, wenn der Gesetzentwurf das enthalte, was wir darin aufgenommen zu sehen wünschen und nur, um das Gesetz zu Stande zu bringen, die Annahme desselben, wie es aus dem andern Hause herübergekommen, empfehle. Wir können uns nicht dadurch behindern lassen, von unserm Recht und unserem Prinzip abzulassen. Mit demselben Rechte könnte uns nachher ein zweites und ein drittes Gesetz in derselben Weise vorgelegt und unsere Zustimmung gefordert werden. Redner wendet sich sodann gegen die Ansichten des Herrn Regierungs-Kommissars. Wir sind gern bereit „B" zu sagen, aber man verlangt jetzt von uns noch weit mehr, man verlangt, „B sagen dividirt durch 2", und das können wir nicht, das dürfen wir nicht. Redner wendet sich gegen die Einwendungen, welche gegen die Ansicht der Kommission in Betreff des §. 3 erhoben worden sind und widerlegt dieselben. Das, was die Regierung in diesem Gesetze ausgesprochen, ist nicht der Weg des Kompromisses, das ist ein entschiedenes Entgegentreten. Ich bin mit Herrn v. Kröcher der Ansicht, daß wir mit Annahme des Gesetzes unser Todesurtheil vollziehen. Messen wir mit gleichem Maße und Gewicht und verlangen wir für uns dasselbe Recht, was wir dem anderen Hause gewähren. Den Anfang unseres Rechtes geben wir aus Händen, wenn wir das Gesetz unverändert durchlassen. Um der Gerechtigkeit willen bitte ich Sie um Wahrung der Rechte der neuen Landestheile. — Es folgen persönliche Bemerkungen des Grafen Rittberg und darauf nimmt der Minister des Innern Graf zu Eulenburg das Wort, um dem Vorredner zu antworten, wird aber dabei sich ebenfalls auf persönliche Bemerkungen beschränken. Die Regierung habe allerdings ihren Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhause in anderer Form vorgelegt und in demselben nur ganz im Allgemeinen das Wahlverfahren angedeutet, um der Regierung volle Freiheit der Aktion zu lassen. Die Regierung sei der Meinung, daß die Aufnahme einer bestimmten Zahl von Abgeordneten in dem Gesetzentwurf ihr nicht ganz opportun gewesen sei, indessen habe sie die Zahl 80 acceptirt, und im übrigen sei darauf aufmerksam zu machen, daß die Abgeordneten zunächst nur für zwei Jahre bis zum Schluß der laufenden Legislaturperiode gewählt werden. Es werde als ein Mangel von Courtoisie angesehen, daß in den Motiven zu dem Gesetzentwurfe nicht auch das Herrenhaus erwähnt worden sei. Indessen sei bei der Regierung kein Zweifel darüber gewesen, daß eine Vermehrung des Herrenhauses durch Elemente aus den neuen Provinzen nothwendig sei, und es habe sich nur gefragt, ob der betreffende Gesetzentwurf schon jetzt vorgelegt werden müsse, oder besser noch verschoben werde. Was die verschiedenen Kategorien des Herrenhauses betreffe, so seien nur die Repräsentanten der landschaftlichen Verbände, die Mitglieder der altpreußischen Ritterschaft an genau festgesetzte Bestimmungen, die blos durch ein Gesetz zu ändern seien, gebunden. Würde der König aus eigener Machtvollkommenheit solche Verbände neu creiren wollen, so könne das Herrenhaus deren Annahme verweigern; es bleibe der Regierung also nur übrig, dem Hause eine Vorlage zu machen, durch die es ersucht werde, die neuen Verbände zuzulassen. Ein solches Gesetz aber würde wiederum ohne allen Werth sein, wenn nicht die Zahl der neuen Verbände gleich angegeben werden könnte, wie dies bei der Zahl der neuen Abgeordneten der Fall sei. Solche Vorlage zu machen sei im Augenblicke unmöglich; ohne dieselbe aber werde eine Vermehrung des Herrenhauses demselben selbst kaum erwünscht sein, denn es komme weniger auf die Reichsunmittelbaren, auf die durch Allerhöchstes Vertrauen Berufenen u. s. w. an, als auf die von den landschaftlichen Verbänden. Was die Amendements anbetreffe, so werde das Abgeordnetenhaus deren Absicht merken und dieselben verwerfen? was solle dann werden? Er rathe dringend dazu, den Entwurf des Abgeordnetenhauses anzunehmen, und die Regierung in die Lage zu versetzen, nach Einführung der Verf.-Urkunde Abgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses aus den neuen Landestheilen zu berufen. Man möge der Regierung helfen, bei dem Umbau des alten preußischen Hauses gewissermaßen das Dach zu decken und sich nicht durch gewisse juristische Bemerkungen, so glänzend sie auch ausgeführt sein mögen, verleiten zu lassen, darüber das praktische Interesse zu vernachlässigen. — Es wird nochmals die Generaldiskussion eröffnet und nachdem noch die Herren v. Waldaw und v. Kleist-Retzow sich gegen diese Erklärung des Ministers ausgesprochen, wird die Generaldiskussion nochmals geschlossen. Es ist ein Antrag auf Vorlegung des Wahlgesetzes, sofort nach Zusammentritt des Landtages nach der Einverleibung der neuen Provinzen vorgebracht worden. Bei der Spezialdiskussion nimmt zu § 1 das Wort Herr v. Senfft-Pilsach. Er vertheidigt das Kröcher'sche Amendement. Ohne dasselbe den Gesetzentwurf anzunehmen, halte er für einen Eidbruch. — Der Präsident erklärt diesen Ausdruck für durchaus unparlamentarisch. Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Nachdem der Referent Herr v. Kleist den Kröcherschen Antrag befürwortet, wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten. Bei derselben haben 49 mit Ja, 54 mit Nein gestimmt, das Amendement Kröcher ist somit abgelehnt. Der § 1 des Gesetzes wird hierauf mit 54 gegen 48 Stimmen angenommen und die Sitzung um 5 Uhr vom Präsidenten auf morgen 12 Uhr vertagt.

Schleswig, 10. Januar. Man scheint sich mit dem so gefürchteten preußischen Militärsystem schon auszusöhnen, wenigstens erregt die große Liberalität beim Aushebungsverfahren allgemeine Befriedigung.

Hannover, 12. Januar. Das Königl. preußische General-Gouvernement, Department des Innern, hat unter dem 10. d. M. folgenden Erlaß an die Obrigkeiten gelangen lassen:

„Bei der am 4. d. Mts. zu Dassel stattgehabten Kontrolversammlung hat eine größere Zahl von Soldaten der vormaligen hannoverschen Armee arge Widersetzlichkeiten und Ruhestörungen begangen. Es ist in Folge dessen vom kommandirenden Herrn General angeordnet: 1) daß am 12. d. M. in Dassel unter Zuziehung einer Kompagnie Infanterie, abermals eine Kontrolversammlung statt zufinden hat, 2) daß dabei gegen Jeden, der auch nur im Mindesten die Grenze der Disziplin und Ordnung zu überschreiten versuchen würde, mit der größten Energie eingeschritten werden soll, 3) daß die Excedenten vom 5. d. M., außer der kriegsrechtlichen Bestrafung der Rädelsführer, sofort auf mehrere Wochen zum aktiven Dienste einzustellen sind, 4) daß mit Leuten, welche bei der Versammlung am 12. d. M. etwa einen Exzeß begehen sollten, ebenso verfahren, und 5) daß bei der Wiederholung größeren Tumults am 12. d. Mts. die ganze Menge der versammelten Leute, behufs sofortiger ausnahmsloser Einstellung zum aktiven Dienste festzuhalten ist. Wir haben nicht unterlassen wollen, von diesen Anordnungen des kommandirenden Herrn Generals die Obrigkeiten in Kenntniß zu setzen und daran den Auftrag zu knüpfen, sowohl bei sich darbietender Gelegenheit selbst, als durch die Unterbedienten und Gemeindevorsteher die dem Amtsbezirke bezw. der Stadt angehörenden Soldaten der vormaligen hannoverschen Armee, unter Hinweisung auf die unausbleiblichen ernsten Folgen von Widersetzlichkeit und Ruhestörung, zu einem der Disziplin und Ordnung entsprechenden Verhalten dringend zu mahnen."

Köln, 12. Januar. Heute Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr entgleiste auf der Verbindungsbahn zwischen der Trankgasse und dem Thürmchen, da, wo das Schienengeleise über die nach Nippes führende Chaussee geht, eine Maschine mit vier leeren Güterwagen. Leider sind bei diesem Unglücke drei Menschenleben zu beklagen. Der schwer verwundete Zugführer starb auf dem Transporte nach der Stadt, während die Leichen des Maschinisten und eines Bremsers unter den Trümmern der Wagen liegen. Ein Hei-

zer, gleichfalls schwer verwundet, befindet sich unter ärztlicher Pflege. Die Maschine sammt den zertrümmerten Wagen liegen umgestürzt im freien Felde und bilden eine hoch aufgestapelte, verworrene Masse, um welche eine Menge Arbeiter bei Fackelbeleuchtung beschäftigt sind, theils um das Bahngeleise wieder herzustellen, theils um vor allen Dingen die Leichen der Verunglückten hervorzuholen, die man zwar zwischen den Trümmern erblicken kann, deren Hervorziehen jedoch ohne vorherige Fortschaffung des Trümmerhaufens seine Schwierigkeit hat. Der verstorbene Zugführer hinterläßt Frau und Kinder; über die anderen Verunglückten ist noch nichts Näheres bekannt.

München, 12. Januar. Der „Abendztg." wird von hier aus die Versicherung ertheilt, daß Fürst Hohenlohe in Bezug auf die von Preußen angeregte Aufhebung des Salzmonopols in den deutschen Staaten die Ansicht seines Vorgängers im Amte nicht theilt und daß die Aufhebung dieses Monopols und die Einführung einer zollvereinsländischen Salzsteuer von der bairischen Regierung nicht länger beanstandet werden wird. Andererseits wird dem „N. K." aus Stuttgart geschrieben: „Noch ehe von bairischer Seite die Nachgiebigkeit gegen Preußen in der Salzsteuerfrage eingetreten ist, hatte Würtemberg seine Zustimmung zu der in Rede stehenden Neuerung gegeben. Am meisten Schwierigkeit fand die Sache in Karlsruhe, doch soll man neuerdings auch dort auf der Grenze des Widerstandes angelangt sein." — Aus Orb meldet die „Aschaff. Ztg." vom 10.: „Die Uebergabe unserer Stadt und des angrenzenden Gebiets, so weit dies im Friedensvertrage zwischen Preußen und Baiern festgesetzt wurde, hat nun stattgefunden und zwar in aller Stille. Preußisches Militär war zu diesem Akte nicht beigezogen worden. Die bairischen Beamten haben uns größtentheils verlassen, nur an der Saline sind noch einige derselben zurückgeblieben."

Ausland.

Wien, 12. Januar. Die „Presse" schreibt: „Die ungarischen Herren, welche seit einigen Tagen in Wien weilten und Berathungen mit den leitenden Regierungsmännern pflogen, schicken sich an, die Residenz wieder zu verlassen, nachdem noch heute wiederholt Konferenzen stattgefunden. Wie man uns versichert, kehren dieselben mit den rosigsten Hoffnungen nach Pesth zurück. Nach den Andeutungen, die uns hierüber zugehen, sträubt man sich zwar in Wien, die Heeresergänzungs-Verordnung, wenn auch nur theilweise, zurückzunehmen; man glaubt jedoch, noch einen Modus finden zu können oder gefunden zu haben, dieselbe als Vorlage vor den ungarischen Landtag zu bringen. Daß dann auch die Kaiserliche Verordnung zugleich für die Länder diesseits der Leitha wenigstens sistirt werden sollte, daran denkt natürlich weder Hr. v. Beust, noch Graf Belcredi. Den heutigen Besprechungen hat übrigens auch Herr Bartal beigewohnt, der in Begleitung des Barons Sennyey im auswärtigen Amte erschien.

Paris, 12. Januar. Es sind kürzlich neue Verhaftungen in Paris vorgenommen worden, und die Gründe derselben sollen weit ernster sein, als bei den Verhaftungen der Studenten, die vor einiger Zeit in einem Kaffeehause vorgenommen wurden. Man spricht sogar von einer Verschwörung gegen den Kaiser, was aber wohl eine Uebertreibung sein mag.

— Die Eröffnung der großen internationalen Ausstellung ist nicht verschoben, sondern sie findet, wie gleich Anfangs es festgesetzt wurde, am 1. April statt.

Italien. Die „Lombardia" meldet, Garibaldi habe sich geweigert, das Großkreuz des militairischen Ordens von Savoyen anzunehmen; dagegen habe er sich die goldene Medaille für militairische Tapferkeit gefallen lassen. — Der erste Artikel des von der Kammer angenommenen Gesetzes über die parlamentarischen Unvereinbarkeiten stellt fest, daß die Deputirten, welche in Gesellschaften oder Unternehmungen interessirt, die von der Regierung autorisirt oder geschaffen sind, nicht an den Diskussionen über derartige Sachen Theil nehmen können.

Florenz, 10. Januar. Die Deputirten bringen nicht sehr tröstliche Nachrichten über die materielle Lage der Provinzen mit. Der Finanzminister wird einen harten Stand gegenüber den Forderungen haben, welche im Laufe der bevorstehenden Verhandlungen sich vernehmbar machen werden. Aus Venetien kommen sehr lebhafte Klagen. Bereits werden als Scialoja's Nachfolger Sella und Cardova genannt.

Florenz, 10. Januar. Indem die italienischen Blätter bestätigen, daß die kirchlichen Differenzen zwischen Rom und Italien beseitigt seien, erklären sie: noch sei die Frage der Verminderung der Diözesen nicht geschlichtet. Verlässigen Nachrichten zufolge ist indessen alle Aussicht vorhanden, daß auch in Betreff dieser Frage ein Weg der Verständigung in Bälde gefunden wird.

Genua, 10. Januar. In dem Prozeß Persano sind nunmehr die Verbalien geschlossen, nachdem noch zuletzt Advokat Caucino über die Authenticität der im adriatischen Meer aufgefundenen Briefe Boggio's berichtet hatte. Die Akten wurden sodann an die Staatsanwaltschaft für ihre Requisitorien übergeben. Von all dem erhält der Beklagte Einsicht, um seine Gegenbemerkungen vorzubringen. Obwohl über die bisherige Untersuchung großes Schweigen beobachtet wird, so lassen sich doch diskrete Vermuthungen aufstellen, daß der Senatsspruch am 18. oder 20. Januar dahin lauten wird: es sei kein Anlaß zur Anklage und zum Prozeß vorhanden. Die „Gazzetta di Torino" will hierüber sogar schon Bestimmteres wissen und Persano selbst hat bereits volle Sicherheit und den Glauben an seinen Triumph wieder erlangt.

Kopenhagen, 12. Januar. Zwischen Dänemark und Rußland ist in Betreff der gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern ein Vertrag abgeschlossen. — Die seeländische Eisenbahngesellschaft reflektirt auf den Bau einer Eisenbahn durch Südseeland. Der Minister des Innern hat der ersten Kammer (Landsthing) bereits eine Vorlage gemacht. Durch dies Projekt wird das Vorhaben des holsteinschen Civil-Ingenieurs Kröhnke, betreffend die Anlage einer Inselbahn zum Zwecke einer direkten Verbindung Kopenhagens mit Hamburgs, wesentlich gefährdet.

Petersburg, 14. Januar Einem zu Gunsten der Kandioten im Theater arrangirten Balle hat die Kaiserliche Familie und das diplomatische Korps beigewohnt.

Konstantinopel. Der Dampfer „Ismailie" brachte am 1. Depeschen Mustapha Paschas vom 26. Dezember, worin dieser zum achten oder zehnten Male ankündigt, daß die Rebellion unterdrückt sei. Die 5000 Stück Waffen, welche der „Ismailie" an Bord hatte, scheinen das Resultat der von Mustapha Pascha in den von seinen Truppen besetzten Bezirken vorgenommenen Entwaffnung zu sein.

Pommern.

Stettin, 15. Januar. In der gestrigen General- (Jahres-) Versammlung der Mitglieder des hiesigen Gartenbau-Vereins theilte der Vorsitzende, Hr. Prof. Hering, zunächst mit, daß der jetzt seit vier Jahren bestehende Verein ca. 130 Mitglieder zähle, daß der zeitige Kassenbestand 324 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf. betrage und daß letzterer zu 5 pCt. Zinsen untergebracht sei. — Zur Abnahme der Rechnung pro 1866 wurden die Herren Müller und Nischelski gewählt. — Sodann wurde der pro 1867 aufgestellte Etat genehmigt. — Bei der hiernächst vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurden sämmtliche bisherige Mitglieder desselben, nämlich: Hr. Prof. Hering als Vorsitzender, Hr. Rentenbankbuchhalter Kurtz als Schriftführer, Hr. Lafremoire als Schatzmeister, die Herren Kunstgärter Koch sen., Stertzing und Haffner, sowie Dr. Jütte als Beisitzer durch Majorität wiedergewählt und nahmen dieselben diese Wahl an. — In Gemäßheit eines früheren Beschlusses des Vorstandes erklärte sich die Versammlung damit einverstanden: 1) daß von jetzt ab in den Monatsversammlungen des Vereins Gegenstände aus dem Gesammtgebiete des Gartenbaues, also Blumen, Pflanzen, Obst und Gemüse zur Schau gebracht und für mit besonderer Sorgfalt und besonderem Fleiße gezüchtete Gegenstände Prämien bewilligt werden können, 2) daß in jeder solchen Versammlung vor dem Eintritt in die Tagesordnung zur Beurtheilung der Prämiirungsfähigkeit der eingelieferten Gegenstände eine Kommission von drei Mitgliedern — wie sich von selbst versteht, mit Ausschluß der Aussteller selbst — gewählt werde, 3) daß die Preisrichter von den Ausstellern die erforderliche Auskunft über Kultur, Züchtung, Besitzzeit 2c. der ausgestellten Gegenstände zu erfordern und hierüber, sowie über ihren die Prämiirung motivirenden Beschluß ein kurzes Referat zu den Vereinsakten zu geben haben, 4) daß in Rücksicht auf die zur Zeit disponiblen Vereinsmittel zu Prämien die Summe von jährlich 50 Thalern verwendet und die jedesmalige Höhe derselben von 1 bis 5 Thaler bemessen werden soll, 5) daß, wenn zu einer Versammlung keine prämiirungsfähigen Gegenstände eingeliefert werden, der alsdann nicht zur Verwendung gekommene Geldbetrag für die Prämiirung von Ausstellungsgegenständen in den folgenden Versammlungen mit verwendet werden kann, endlich 6) daß, insofern der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten in Folge der an ihn gerichteten Bitte sich bereit finden lassen sollte, dem Verein eine Subvention für Prämiirungszwecke zu bewilligen, neuerer Beschluß darüber gefaßt werden soll, ob und event. welchen Zuschuß der Verein alsdann aus seinen Mitteln gewährt. — Die Versammlung genehmigt sodann, daß ein gedruckter Jahresbericht pro 1866 nicht erstattet, ferner, daß auf der Rückseite der Mitgliedskarten das Datum der im Laufe des Jahres stattfindenden regelmäßigen Versammlungen angegeben, durch die öffentlichen Blätter aber künftig nur Mittheilung davon gemacht werde, wenn eine derartige Versammlung ausfällt. — Es wurden nun folgende Fragen vorgelegt: 1) Auf welche Weise lassen sich Weintrauben am längsten aufbewahren? Herr Haffner erklärt, die beste Art dieser Aufbewahrung sei, wenn man an den Wänden einer dunkeln, nicht zu warmen Kammer Latten nagele, auf denselben Blechbüchsen, die mit Wasser und Kohlenstaub gefüllt seien, befestige, den Stengel in die verlängerte Oeffnung der am oberen Ende zu verschließenden Büchse stecke und die Trauben frei herabhängen lasse, es dabei aber nicht versäume, etwa alle 8 Tage einmal nach den Trauben zu sehen. 2) Sind für Treibhäuser Dampfheizungen den Wasserheizungen vorzuziehen? Man sprach sich im Allgemeinen dahin aus, daß mit ersterer Heizung, die überhaupt auch nur in größeren Treibhäusern anzuwenden, noch keine genügenden Erfahrungen gemacht seien; die Wasserwärme wäre aber unbedingt eine viel gleichmäßigere, wenn sich auch nicht verkennen lasse, daß die Vermehrung der tropischen Pflanzen bei Dampfheizung viel schneller als bei Wasserheizung vor sich gehe. 3) Treiben alle oder nur gewisse Sorten Sorten Hyazinthen gleich gut auf Gläsern? Antwort: Nicht alle, sondern nur die früheren Sorten. — Schließlich wurde den Herren Gebrüdern Koch-Grabow für die erfolgte Ausstellung einer blühenden „Imanthophyllum cyrtanthiflorum" der Dank der Versammlung ausgesprochen. Herr Koch sen. theilte noch mit, daß eine solche junge Pflanze 1 bis 2 Thlr. kosten werde, dieselbe etwa im dritten Jahre blühe und da sie auch im Zimmer zur Blüthe zu bringen, als eine ausgezeichnete Zimmerpflanze zu betrachten sei. — Nach beendeter Versammlung vereinigten sich die Vereinsmitglieder zu einem gemeinschaftlichen Abendessen im Hotel „Drei Kronen".

— In der heutigen General-Versammlung der Kaufmannschaft wurden gewählt: zu Vorstehern: die Herren Kommerzienrath R. Brumm mit 358 Stimmen, Stahlberg mit 339 St., Konsul Theune mit 251 St., Petsch mit 232 St.; zu deren Stellvertretern: die Herren Ivers mit 226 St., Gravitz mit 223 St., Tiessen mit 222 St. Zu Rechnungs-Abnahme-Kommissarien: die Herren Assessor Walter, C. F. Braun, Allendorff, Carl Kanzow, Ziemssen.

— Während sich der auf der Unterwiek wohnhafte Tabagist Kriesen am 5. d. M. Abends in seiner Familie im Theater befand, wurde demselben von zwei in seinem Dienste stehenden Mädchen einige Flaschen Wein und eine kleine Quantität Cigarren entwendet.

— Vor einigen Nächten wurde einer in der Mittwochstraße wohnhaften Althändlerin vom Hausflur ein Glasspind gestohlen. Die Diebe sind mit ihrer eigenthümlichen Beute unentdeckt entkommen.

— Vor einigen Tagen wurde dem Arbeiter Lange aus seiner auf der gr. Lastadie belegenen Wohnung eine silberne Cylinderuhr gestohlen. Der Verdacht der Thäterschaft fällt auf einen bisher nicht näher ermittelten Bettler, der an jenem Tage im Hause gesehen worden.

— Die erst seit dem 2. d. M. bei dem Fleischermeister Lehnacker hierselbst dienende unverehelichte St. hat nach ihrem Geständnisse innerhalb der kurzen Zeit bis jetzt ihrer Dienstherrschaft nach und nach die nicht unerhebliche Summe von 33 Thlrn. aus einer in der Stube stehenden Kommode entwendet. Ein Theil des Geldes ist bei derselben noch vorgefunden worden.

— Wir theilten gestern den Diebstahl eines Bettlakens aus einem Hause der Schuhstraße mit. Der Ausführung dieses Diebstahls ist ein Frauenzimmer verdächtig, die inzwischen verhaftet und auch verdächtig ist, sich einen falschen Namen beizulegen, so wie auch ihren Wohnort unrichtig anzugeben. Sie will nämlich unverheirathet und aus Stargard sein, wie aber bereits ermittelt ist, hat sie schon vor einigen Tagen unter der Angabe, daß sie Wittwe und auf dem Bredower Antheile wohnhaft sei, hier Sachen zum Kauf ausgeboten. Man hat es hier also möglicher Weise mit einer gefährlichen Schwindlerin zu thun.

— Der als erster Kandidat von den Ständen des Kreises Franzburg präsentirte Königliche Kammerherr Graf v. Behr-Negendank ist, wie nach der „Krztg." verlautet, zum Landrath des Franzburger Kreises ernannt.

— Gestern Abend passirte ein mit 7 schweren Fässern Spiritus beladener Wagen den Kohlmarkt und beabsichtigte der Führer desselben, vor dem Bävenroth'schen Hause, wo der Spiritus abgeladen werden sollte, zu halten. Bei dem dort bekanntlich sehr abschüssigen Terrain und der Schwere der auf dem Wagen befindlichen Last genügte die angebrachte Hemmungsvorrichtung aber nicht, vielmehr rollte der Wagen gegen das unterhalb belegene Haus des Fleischermeisters Henschel, wobei die Deichsel zerbrach und mehrfache Beschädigungen der Haus-, Ladenthüren und Fensterscheiben jenes Hauses herbeigeführt wurden.

— In Neu-Torney ist der Lehrer Goger und in Stettin der Lehrer Kohls fest angestellt.

Grimmen. In der Nacht vom 11. zum 12. Januar brannte das Wohnhaus des Zimmermanns Brandenburg in Brandshagen ab; die Entstehungs-Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Neueste Nachrichten.

Florenz, 14. Januar. Einer Mittheilung der „Italie" zufolge äußerte der König beim Empfange der Adreßdeputation: Es bleiben zwei Fragen zu lösen, die in Betreff der Finanzen und die bezüglich Roms. Was die Finanzfrage anbetrifft, so hoffe ich, daß die Schwierigkeiten bald überwunden sein werden und daß das Exposé des Finanzministers viele Wolken zerstreuen wird. Rom anlangend, so ist diese Frage eine Frage der Zeit, welche sie in Uebereinstimmung mit den nationalen Wünschen lösen wird.

Die „Italie" meldet ferner, daß die Angelegenheit hinsichtlich des von den Türken beschossenen Schiffes „Principe Tommaso" im Prinzipe arrangirt ist und daß nur die Höhe des Schadenersatzes, welchen die Pforte zu leisten hat, festzustellen bleibt.

Kopenhagen, 14. Januar, Abends. In der heutigen Sitzung des Folkethings machte der Präsident die Mittheilung, der Kriegsminister werde einen Gesetzentwurf, betreffend die theilweise Niederlegung der Kopenhagener Festungswerke, einbringen.

Das Gesetz, durch welches ein außerordentlicher Kredit von ca. $1\frac{1}{3}$ Millionen Rigsbankthaler zur Anschaffung neuer Waffen verlangt wird, hat die Königliche Sanktion erhalten.

Bukarest, 13. Januar, Abends. Fürst Karl empfing heute bei Gelegenheit des Jahreswechsels die Glückwünsche der Staatskörper und des Kabinets. Der Präsident der Deputirtenkammer gab in einer Ansprache den Gefühlen tiefster Ergebenheit Ausdruck. Der Fürst ließ, wie immer, Allen den entgegenkommendsten und huldreichsten Empfang zu Theil werden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 14. Januar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Viehmarkt 1985 Stück. Export-Geschäfte nach dem Auslande wurden nicht bedeutend stark ausgeführt, in Folge dessen bei bedeutenden Zutriften der Handel gedrückt war. Prima-Qualität konnte nur 16—17 Rt., mittlere 13—14 Rt., ord. 9—11 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen. Die Bestände konnten nicht aufgeräumt werden.

An Schweinen 3785 Stück. Die Zutriften waren im Verhältniß zum Konsum zu stark, um mehr als nur mittelmäßige Preise erzielen zu können. Beste feine Kernwaare wurde mit 16—17 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt, und blieben mehrere Posten von Schweinen am Markte unverkauft.

An Schafvieh 3451 Stück, welche zu höheren Preisen bei lebhaftem Verkehr aufgeräumt wurden.

An Kälbern 566 Stück, wofür anhaltend höhere Preise bezahlt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Januar. Witterung: Schneefall. Temperatur — 1° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen matt, loco pr. 85pfd. gelber 80—89 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $88\frac{1}{2}$, $88\frac{1}{4}$, 88 Rt. bez. u. Br.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 54—$56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Januar 54 nominell, Frühjahr $55\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $55\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Sommergetreide ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., Januar, Januar-Februar $11\frac{3}{4}$ Rt. Br, April-Mai $12\frac{1}{4}$ Rt. Br.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß $16\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., mit Faß $16\frac{3}{8}$ Rt. bez., Januar u. Januar-Februar $16\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühjahr $17\frac{1}{12}$, 17 Rt. bez.

Hamburg, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen fest, auf Termine höher. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 155 Bankothaler Br., 154 Gd., pr. Frühjahr 151 Br. u. Gd. Roggen loco still, ab Auswärts fester. Ab Königsberg pr. April-Mai zu 84—85, ab Danzig zu 85—86 angeboten. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 91 Br. u. Gd. Oel loco $25\frac{3}{4}$, pr. Mai $26\frac{5}{8}$, pr. Oktober 27. Kaffee lebhaftes Geschäft, loco verkauft 2500 Sack Santos, 5000 Sack Rio zu vollen Preisen. Zink geschäftslos. — Frostwetter.

Amsterdam, 14. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine $2\frac{1}{2}$ fl. höher. Rapps pr. April 72, pr. Oktober 74. Rüböl pr. Mai $40\frac{1}{4}$, pr. Oktober-Dezember $41\frac{1}{2}$.

London, 14. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und fremder Weizen wegen des herrschenden Nebels wenig Geschäft. Mehl 3 Sh. theurer. Gerste, Bohnen, Erbsen unverändert. Hafer fest. — Schönes Wetter.